

1 Thema und Fragestellung

Die Arbeit von Herrn L. beschäftigt sich mit der Fragestellung, inwiefern das Godesberger Programm einen Wendepunkt in der Programmatik der SPD darstellt

2 Würdigung

2.1 Formalia

Die Arbeit weist keine nennenswerten formalen Mängel auf.

2.2 Wissenschaftliche Methodik

Herrn L. Arbeit leidet darunter, daß sie zu breit angelegt ist. Die Fragestellung müßte klarer umrissen und konsequenter verfolgt werden. Insgesamt ist die Arbeit zu stark deskriptiv und zu wenig analytisch.

2.3 Aufarbeitung der Literatur

Der Autor hat die einschlägige Literatur umfassend zur Kenntnis genommen und zeigt sich im Umgang mit den Quellen souverän. Lange wörtliche Zitate sollten in Zukunft nach Möglichkeit vermieden werden.

2.4 Inhaltliche Ergebnisse

Die inhaltlichen Ergebnisse sind korrekt.

3 Fazit

Insgesamt handelt es sich um eine Arbeit, die trotz einiger Schwachpunkte sehr gute Ansätze erkennen läßt. Angesichts der Tatsache, daß es sich um eine der ersten Arbeiten des Autors handeln dürfte, wird sie mit „noch gut“ (2.3) bewertet.

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Institut für Politikwissenschaft

Seminar: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Kurs C

Seminarleiter: Kai Arzheimer

Titel der Arbeit:

Das Godesberger Programm als Wendepunkt in der Programmatik der SPD

- Arbeit ist zu breit angelegt
- Fragestellung ist zu allgemein
- zu stark deskriptiv, zu wenig analytisch
- + gute Ansätze

Seminararbeit von:

2. Fachsemester Sozialkunde (Lehramt)

Nebenfächer!

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung (S. 3) *

1.1 Grundlegende Überlegungen zu Parteiprogrammen (S. 4)

1.2 ?

2. Die SPD vor Godesberg (S. 5)

2.1 Die Anfänge der Arbeiterbewegung (S. 5)

2.2 Die Radikalisierung der Arbeiter (S. 6)

2.3 Gegensätze zwischen Theorie und Praxis (S. 7)

3. Der Weg zum Godesberger Programm (S. 8)

3.1 Marxistische Programmkomponenten und theoretische Unsicherheiten (S. 9)

3.2 Erste Neuansätze in der Programmatik (S. 9)

3.3 Die Wahlniederlage von 1957 und die Reaktion (S. 11)

4. Die Entscheidung für das Godesberger Programm (S. 12)

5. Abschließende Betrachtung (S. 12)

6. Bundestagswahlen von 1949-1961: Sitzverteilung in den Parteien (S.14)

7. Literaturverzeichnis (S. 15)

* Einleitung —

- a) Problem / Anlaß
- b) Konkretisierung der Fragestellung
- c) Aufbau, Methode, Vorgehensweise

Das Godesberger Programm als Wendepunkt in der Programmatik der SPD

*Silberberg
abwimmeln*
↓

1. Einleitung

Betrachtet man die Parteiprogramme von Parteien im Zeitverlauf, so wird man oft verblüfft sein, welche enormen Richtungswechsel zu grundlegenden Fragen vorgenommen werden. Leicht könnte der Eindruck von Konzeptlosigkeit oder sogar Unglaubwürdigkeit einer Partei entstehen. Die SPD als älteste Partei Deutschlands weist in ihrer Programmatik eine Entwicklung auf, die durch nicht unerhebliche Richtungswechsel gekennzeichnet ist. Hier soll die Frage beleuchtet werden, warum grundlegende Veränderungen in Programmatik und Zielsetzung einer Partei notwendig werden können. Konkret dargestellt wird diese Problematik anhand der Marxismusdiskussion während der Entstehungsphase des Godesberger Programms von 1959. Kernpunkte der Betrachtung ist - neben der geschichtlichen Entwicklung - das neue programmatische Selbstverständnis der Partei.

*interessante
Frage,
unipolste aber
Starken Auge-
Schwindigkeit
Sie holen zu
weit aus!*

Zuerst sollen die grundlegenden Funktionen von Parteiprogrammen betrachtet werden. Danach wird ein kurzer Überblick über die Geschichte der SPD vorgenommen. Die Betrachtung beginnt mit den organisatorischen Anfängen der Arbeiterbewegung, um sich dann den unterschiedlichen Theorievorstellungen von „Lassalleern“ und „Marxisten“ zuzuwenden. Im Anschluss wird auf die ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen, in denen erste Ansätze für eine programmatische Neuorientierung der Partei zu erkennen sind. Es sollen auch die Widersprüche zwischen dem ideologisch-radikalen Anspruch aus der Zeit vor dem Dritten Reich und der politischen Realität aufgezeigt werden. Diese Betrachtung ist notwendig, da das Heidelberger Programm von 1925 auch nach dem Krieg noch grundlegende Gültigkeit besaß. Anschließend wird der Einfluss der Bundestagswahlergebnisse von 1953 und 1956 auf die Programmatikdebatte beleuchtet, die in der SPD ein Umdenken hinsichtlich traditionellem Gedankengut und Brauchtum auslösten und den Weg für die Modernisierung der Parteiprogrammatik ebneten. Traditionelle Zielsetzungen mussten „über Bord geworfen“ werden, da sie mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität nicht mehr vereinbar waren. Anhand der „Bereinigung“ der Parteiprogrammatik vom marxistischen Gedankengut soll dies verdeutlicht werden. Abschließend wird eine Bewertung der Entwicklung vorgenommen, indem das „neue Gesicht“ der SPD erläutert wird. Ergänzt wird dieser Schlussteil durch eine Übersicht der Wahlergebnisse des betrachteten Zeitraums.

1.1 Grundlegende Überlegungen zu Parteiprogrammen

Bereits der Name einer Partei gibt gelegentlich Auskunft über ihr grundlegendes Selbstverständnis. Diese Informationen erweisen sich jedoch als recht dürftig, wenn man mehr über die konkreten Zielsetzungen und Verhaltensweisen wissen möchte. Näheres kann man über das Parteiprogramm, bzw. über das Grundsatzprogramm einer Partei erfahren:

Selbst noch in die konkrete (in gleicher Form)

„Grundsatzprogramme von Parteien verfolgen eine doppelte Aufgabenstellung. Sie dienen einerseits der innerparteilichen Selbstverständigung über eine vereinheitlichende Zielsetzung, welche Geschlossenheit im Wettstreit um Machtanteile mit konkurrierenden Parteien sichern soll. Andererseits dient sie der Werbung um Wähler und womöglich auch neue Mitglieder“
(Papcke / Schuon, 1984, S. 5).

Einmalig in kleinerer Schrift

Man darf nicht den „Stein der Weisen“ in einem solchen Programm vermuten. Allein aus der Programmatik wird sich kaum die wahre Natur der Partei vollständig erschließen, da politische Programme im allgemeinen zu stark ideologisch verschleiert sind. Ossip K. Flechtheim verdeutlicht diesen Punkt sehr plastisch am Beispiel einer realen Person:

„Deren Aussagen – etwa vor einem größeren Kreise – über sich selber, ihren Charakter und ihr Lebensziel könnte kaum je ein wirklich korrektes Bild der Gesamtpersönlichkeit vermitteln. Selbst wenn auf unwahre Aussagen verzichtet würde, würde zumindest manches, was kompromittierend wirken könnte, unausgesprochen bleiben“
(Flechtheim, 1968, S.415)

Darüber hinaus wird ein Programm häufig einen Kompromisscharakter aufweisen. Soll z.B. die Partei intern geeint werden, so müssen eventuell unterschiedliche oder sogar entgegengesetzte politische Strömungen miteinander versöhnt werden. Auch Gegensätze zwischen Parteimitgliedern oder Wählerschichten werden nicht selten mittels programmatischer Winkelzüge überbrückt.

Gegenstand dieser Betrachtung ist der Typus der Programmparteien, die sich aus religiösen oder sozialen Massenbewegungen herausgebildet haben. Diese Bewegungen waren Ausdruck einer weit verbreiteten Unzufriedenheit, man wollte die bestehenden

Verhältnisse ändern. Im Interesse der Selbstverständigung, sowie der Propaganda nach außen, erwies es sich für diese Gruppen als notwendig, ihre Forderungen und Ideen programmatisch zu fixieren. Am Beispiel der sozialdemokratischen Bewegung soll die programmatische Entwicklung von ihren Anfängen bis zum grundlegenden Wandel von Godesberg in ihren Grundzügen dargestellt werden. Der theoretische Überbau, der nicht unerheblich durch Marx und Engels beeinflusst wurde, sowie der Kompromisscharakter der Programme wirkte bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nach. Es ist daher notwendig, einen historischen Überblick über die Entstehung der sozialdemokratischen Programmatik zu geben.

Einleitung zu weitschweifig

2. Die SPD vor Godesberg

Deutschland war in der Mitte des 19. Jahrhunderts ein lockerer Staatenbund unter preußischer Vorherrschaft. Die immer weiter zunehmende Industrialisierung der deutschen Staaten brachte eine neue Bevölkerungsschicht hervor – den Arbeiter. Wegen der menschenunwürdigen Verhältnisse in denen diese lebten, bildete sich eine Bewegung heraus, die sich die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Ziel setzte. Wie allerdings eine Verbesserung herbeizuführen sei, war nicht unumstritten.

2.1 Die Anfänge der Arbeiterbewegung

Als Begründer der Idee einer demokratischen Massenpartei gilt Ferdinand Lassalle, der in einem Brief an das „Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ forderte:

„Der Arbeiterstand muss sich als selbständige Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeitsstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands – dies ist allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann“

(Bahr, 1980, S.18).

Als am 23. Mai 1863 der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ ins Leben gerufen wurde, wählte man Lassalle zum Präsidenten. Lassalle hatte bereits ein Jahr zuvor versucht, den im Londoner Exil lebenden Karl Marx dazu zu bewegen, an die Spitze einer noch zu schaffenden deutschen Arbeiterpartei zu treten. Das Marx ablehnte lag an

den von Grund auf unterschiedlichen Vorstellungen, wie man die politische Macht erringen sollte. Marx setzte auf revolutionären Umsturz des herrschenden Systems. Die „Arbeiterklasse“ hätte diesen Umsturz vorzubereiten – unter Anleitung einer Arbeiterpartei nach Marx' Vorstellungen. Lassalle hingegen wollte über demokratische Wahlen und der Mehrheit der Arbeiterbewegung schrittweise die Macht erlangen. Wie sich noch zeigen wird, sollte diese unterschiedliche Sichtweise in der Partei noch lange Zeit weiterleben und zu einer Diskrepanz zwischen Parteiprogramm und politischer Realität führen. Genau dieser Widerspruch zeigte sich auch in dem 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) Ferdinand Lassalles – ein Dualismus sozialer Revolution und sozialer Reform. Dem Deutschen Arbeiterverein gehe es vor allem darum, ein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zu erwirken. Dies sollte eine Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes einschließlich der Beseitigung der Klassengegensätze ermöglichen“ (Bahr, 1980, S.23). Weiterhin sollte eine staatlich finanzierte, fabrikmäßige Großproduktion auf genossenschaftlicher Basis errichtet werden und dem Arbeiter der „volle Arbeitsertrag“ zufallen.

Rückblickend kann allerdings gesagt werden, dass die Auseinandersetzungen zwischen „Marxisten“ und „Lassalleanern“ die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung nur geringfügig beeinflusst hat. Die theoretischen Aspekte traten zugunsten praktischer Probleme meist in den Hintergrund.

2.2 Die Radikalisierung der Arbeiter

Am 19. Oktober 1878 wurden die sogenannten „Sozialistengesetze“ vom Reichstag verabschiedet. Bismarck hatte zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm als Vorwand genutzt, um ein schon lange geplantes Gesetz gegen die Sozialdemokraten vorzulegen. Dieses Gesetz wurde mehrfach verlängert und galt bis 1890. „Das Gesetz verbot alle Organisationen, welche durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken' oder bei denen diese Bestrebung ‚in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zutage treten““ (Bahr, 1980, S.31). Dieses Gesetz wurde gegenüber den Sozialdemokraten extensiv ausgelegt. Die Parteiorganisation wurde aufgelöst und die Parteipresse verboten, hunderte von Sozialdemokraten verhaftet. „Als einzige legale Betätigung war der Sozialdemokratie die Beteiligung an den Reichstags- und an einzelnen Landtagswahlen geblieben. Die Arbeiterschaft reagierte auf dieses Gesetz mit Misstrauen und Feindschaft gegenüber dem Staat. Die Sozialdemokraten sahen den Staat als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse an“ (Bahr, 1980, S.31).

Man muss hierbei darauf hinweisen, dass die Arbeiter durch politische Isolation radikalisiert wurden und dadurch erst für die marxistische Lehre mit ihren revolutionären Elementen empfänglich wurden! „An die Stelle der auf Lassalle zurückgehenden Hochschätzung des Staates trat nun als Ausfluss der Verbitterung und Empörung der Arbeiter über ihre Ausgrenzung und politische Verfolgung eine zum Teil stark ausgeprägte Staatsfeindlichkeit“ (Dowe, 1994, S.12) Die Jahre von Verbot und Unterdrückung haben sich so im Erfurter Programm von 1891 niedergeschlagen.

2.3 Gegensätze zwischen Theorie und Praxis

Engels konnte nun befriedigt feststellen, dass sich seine Vorstellungen in der SPD theoretisch-programmatisch durchgesetzt hätten. Trotz dieser scheinbaren Einheitlichkeit bestand das für drei Jahrzehnte gültige Erfurter Programm eigentlich aus zwei widersprüchlichen Teilen. Der allgemeine Teil war von Karl Kautsky in Abstimmung mit Friedrich Engels formuliert worden. Dieser Teil verknüpfte zum erstenmal in kausaler Weise Analyse und Prognose der Gesellschaftsentwicklung mit der sozialistischen Zielsetzung. Die Bewegungsprinzipien des Kapitalismus aus Marx' Hauptwerk dem „Kapital“ wurden unter dem Einfluss von Engel und Kautsky zu „Naturnotwendigkeiten“ umdefiniert. „Dadurch konnte der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft als ein Ereignis erscheinen, das ohne eigenes Zutun des Proletariats, sozusagen von selbst, eintrete“ (Dowe, 1994, S.13). Das Proletariat müsse lediglich für diese Entwicklung –wann immer sie auch kommen möge – gerüstet sein. Diese Interpretation hatte zwei Folgen: zum einen ging die revolutionäre Einsatzbereitschaft zurück, man musste ja nur den Gang der Geschichte abwarten und die Dinge würden sich unweigerlich von alleine regeln. Zum anderen Verstärkte sich der Drang, sein Heil im weiteren Ausbau der Organisation zu suchen.

Der zweite Teil des Erfurter Programms war von Eduard Bernstein verfasst. In diesem praktischen Teil waren die aktuellen Forderungen der SPD formuliert. Diese Forderungen des zweiten Teils machten allerdings nur dann Sinn, wenn man den – im ersten Teil verteufelten – Staat wenigstens teilweise anerkannte. „Dieser Widerspruch charakterisierte bis zum Ersten Weltkrieg die Politik der SPD:

„Trotz ihres revolutionären Pathos blieb sie eine Partei mit reformistischer Politik, ja, ihr ideologischer Radikalismus diente als ständige Verhüllung ihres nicht-revolutionären Charakters“
(Dowe, 1994, S. 14).

Nur lange Zeitale umwickeln

1851-22?!

Kurze Zeit später stand dieses Programm jedoch schon wieder zur Disposition, als sich auf dem Nürnberger Parteitag von 1922 die MSPD mit der Rest-USPD vereinigte. Hier wurde schon die Erarbeitung eines neuen Programms beschlossen. Dieses Heidelberger Programm bedeutete in seinem grundsätzlichen Teil vor allem eine Rückkehr zum Marxismus von Erfurt. Aber auch der alte programmatische Widerspruch war noch immer nicht behoben worden. Siegfried Heimann beschreibt das Verhalten der SPD mit den Worten:

„Sie [die SPD, Anmerk. D. Verfassers] beschloss 1925 in Heidelberg erneut ein radikales Programm, betrieb aber trotz der wachsenden sozialen Probleme Ende der zwanziger Jahre weiterhin eine ‚Politik des Durchlavierens‘. Auf die soziale Not der Weltwirtschaftskrise und auf die drohende Gefahr der nazistischen Massenbewegung fand sie keine politische Antwort. Das Ende der Weimarer Republik bedeutete auch für die Sozialdemokraten eine vernichtende Niederlage“ (Heimann, 1984, S. 2026).

Trotz allem sollte man nicht außer acht lassen, dass der programmatischen Selbstdarstellung der marxistischen Klassenkampfpartei ein aktives praktisch-politisches Engagement in allen Bereichen des bürgerlich-demokratischen Staates gegenüber stand.

3. Der Weg zum Godesberger Programm

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag für die SPD eine völlig neue Situation vor. Deutschland existierte nicht mehr als „Reich“, es war in vier Besatzungszonen aufgeteilt (seit 1949 BRD und DDR). Die deutschen Städte lagen in Schutt und Asche, Millionen von Kriegsflüchtlingen aus den Ostgebieten mussten im Westen integriert werden. Der Krieg hatte von der deutschen Industrie nicht viel übriggelassen, die Wirtschaft lag am Boden. Schon unmittelbar nach dem Krieg kristallisierte sich der Ost-West-Konflikt heraus, der die Wiedervereinigung Deutschlands problematisch, bzw. vorerst unmöglich machen sollte. In allen politischen Fragen hatten die Alliierten das letzte Wort. In dieser schwierigen Situation befand sich die wiedergegründete SPD in einem theoretischen Vakuum, denn in programmatischer Hinsicht galt immer noch das Heidelberger Programm von 1925 und mit diesem die alten konzeptionellen Schwächen. Vor allem die stark marxistisch geprägte Terminologie bedurfte der Überarbeitung.

1925-26... die Kritik über Ihre Frage!

3.1 Marxistische Programmkomponenten und theoretische Unsicherheiten

Die Begriffe „Klasse“ und „Klassenkampf“ waren ebenso wenig geklärt, wie das Verhältnis zwischen Sozialismus und Sozialisierung. Hier erscheint es sinnvoll, den marxistischen Inhalt der SPD Programmatik in seinen Hauptbestandteilen zu charakterisieren. Die wichtigsten Bestandteile des sogenannten Parteimarxismus, die die politischen Vorstellungen der Mitglieder prägten, waren vor allem zwei Punkte. Zum einen die Erwartung „(...) eines naturgesetzlichen Ablaufs der Geschichte, der sich im sozialistischen Endziel einer herrschafts- und konfliktfreien Gesellschaft vollenden werde. Das kapitalistische System müsse durch die ihm immanenten Widersprüchen von selbst untergehen“ (Lemke, 1984, S.37). Der Zweite Punkt betrifft den Aspekt der Sozialisierung, also die Verstaatlichung der Produktionsmittel. „Die dann folgende sozialistische Gesellschaft werde das Privateigentum an den Produktionsmitteln völlig aufheben und – erst danach genauer zu entwickelnde – Formen der Planwirtschaft einführen.“ (Lemke, 1984, ebd.) Auf diese Weise sollte die Klassenherrschaft enden und mit ihr alle Ausbeutung und Unterdrückung. In der Praxis spielte dieser Punkt schon zu Weimarer Zeit kaum eine Rolle. Trotzdem stellte er für die Partei einen bedeutenden Identifikationspunkt dar, indem der Glaube an die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus gestärkt wurde und die Gewissheit, dass die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte auf der Seite des Sozialismus waren.

War man in der Vergangenheit noch auf die „wissenschaftlichen“ programmatischen Grundlagen stolz gewesen, so hatten die Erfahrungen der jüngsten Zeit ein Umdenken notwendig gemacht. Das sowjetische Hegemoniestreben mit seiner Politik der Unterdrückung auf der einen Seite und die Erfahrungen mit dem Hitlerregime auf der anderen führten zu einer Rückbesinnung auf die Grundprinzipien eines praktischen Humanismus. Durch die Blockbildung und die wachsende Bedrohung durch die Sowjetunion war die SPD nun mehr denn je dazu gezwungen, sich mit dem Kommunismus auseinander zusetzen. Man grenzte sich vehement vom Kommunismus ab und musste sich in diesem Zuge auch mit der sozialistischen Programmatik befassen, der man unter solchen Vorzeichen keine marxistische Orientierung zugrunde liegen lassen konnte.

3.2 Erste Neuansätze in der Programmatik

Obwohl die SPD in den ersten Nachkriegsjahren vollauf mit tagespolitischen Aufgaben beschäftigt war, ließ schon der erste Nachkriegsparteitag der West-SPD in Hannover im Mai 1946 theoretische Neuansätze erkennen. Kurt Schumacher, der hier zum ersten Parteivorsitzenden gewählt wurde, stellte „das simplifizierende Geschichtsbild mit der

Formel ‚Klasse gegen Klasse‘ in Frage“ (Lemke, 1984, S 38). Außerdem postulierte er schon zu diesem Zeitpunkt die individuelle Begründungsfreiheit von Sozialismus mit jener später oft zitierten Feststellung, die sozialistische Überzeugung könne sowohl aus dem Geist des kommunistischen Manifestes wie der Bergpredigt oder durch andere Erkenntnisse philosophischen Denkens motiviert sein. Weiterhin unterstrich Schumacher das Bekenntnis zur Demokratie als der Staatsform, die den Zielen des Sozialismus entspreche. Schumacher erkannte den Marxismus weiterhin als wertvolles Analysemittel zur Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und als Methode des Denkens an. Jedoch dürfe er nicht als unumstößliches Dogma gesehen werden.

Quelle?

Dem kapitalistischen System traute man nicht zu, eine Normalisierung der Zustände die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, zu erreichen. Es erschien vor allem notwendig, ein sozialistisches Wirtschaftssystem einzuführen, wobei die eigentlichen Durchsetzungsprobleme erst gar nicht diskutiert wurden.

Im August 1947 wurde bei einer Tagung des Kulturpolitischen Ausschusses (KPA), eine Entschließung angenommen, die ein Bündel geistiger Neuansätze der Nachkriegszeit enthielt. Man lehnte zum ersten mal die Vorstellung eines deterministischen Geschichtsablaufes ab und distanzierte sich auch von einer einseitigen, nur ökonomischen Betrachtungsweise der Politik. Man erkannte, dass diese der komplexen Realität menschlichen Verhaltens nicht angemessen ist. Immer noch sah man die marxistischen Theorien als „unverzichtbare Quellen politischer Einsicht.“

Quelle?

Als symptomatisch für die sich immer stärker bemerkbar machende programmatische Orientierungslosigkeit kann das Referat von Rudolf Zorn (bayerischer Wirtschaftsminister) auf dem Düsseldorfer Parteitag gesehen werden. Er propagierte die regulierte Marktwirtschaft als vernünftige Kombination der Systeme „uneingeschränkte Konkurrenzwirtschaft“ und der „totalen Planwirtschaft“. Der Sozialisierung der Produktionsmittel käme nur zweitrangige Bedeutung zu, wichtig „(...) seien wirksame Lenkungsmaßnahmen“ (Lemke, 1984, S. 41). Diese Sichtweise entsprach keineswegs dem immer noch gültigen Heidelberger Programm von 1925. Umso mehr verblüffte es den Redner, dass seine Ausführungen nur sehr geringe Resonanz auslösten. Offensichtlich herrschte theoretische Orientierungslosigkeit in der Partei. Aus dieser Unsicherheit vermochte es die Partei nicht, das Bild, das die Öffentlichkeit von ihr hatte wesentlich zu wandeln. Weiterhin galt die SPD als streng marxistische Klassenpartei. Viele sahen sie als veraltetes Relikt aus vergangener Zeit. Dies führte mit dazu, dass die SPD – wider erwarten – nicht als Sieger aus dem ersten Bundestagswahlkampf 1949 hervorging (siehe Lemke, 1984, ebd.). Nicht einmal die Ergebnisse aus Weimarer Zeit konnten nennenswert verbessert werden, „(...) die SPD

war im 30% Turm gefangen, und ein Weg heraus war nicht in Sicht“ (Heimann, 1984, S. 2029). Trotz dieses schwachen Ergebnisses ging kein Ruck durch die Partei was die Programmatik anging. Vor den Bundestagswahlen des Jahres 1953 wurden zwar sozial-, wirtschafts- und kulturpolitische Konferenzen abgehalten auf denen sozialdemokratische Vorstellungen erläutert wurden. Auch die Neuansätze wurden hier – vor allem aus wahltaktischen Überlegungen – diskutiert. Für die Masse der Wähler blieben jedoch die Signale aus. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt dass diese Tagungen, die von Expertenkommissionen getragen wurden, nur bestimmten Teilen der Partei vorbehalten waren. Bemerkenswert war ein Beitrag des Hamburger Senators für Wirtschaft und Verkehr, Karl Schiller, im Jahre 1953 auf der wirtschaftspolitischen Tagung in Bochum. Schiller nannte die Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards als oberstes Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Diese sei durch eine Politik der Vollbeschäftigung und der Produktivitätssteigerung erreichbar. Schiller prägte hier die bekannte Formel, die später wörtlich in das offizielle Programm aufgenommen wurde: „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.“ Seit 1954 kam der Begriff Sozialisierung im Parteiprogramm nicht mehr vor, wobei allerdings weiter an der Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum festgehalten wurde.

Zu diesem Zeitpunkt schien die Auseinandersetzung mit der marxistischen Tradition in den Hintergrund getreten zu sein. Tatsächlich sollte es sich als großes Versäumnis erweisen, sich nicht inhaltlich mit dem „großen geistigen Ahnen“ der Partei auseinander gesetzt zu haben.

3.3 Die Wahlniederlage von 1957 und die Reaktion

Öffentlichkeit und Medien zeigten kein allzu großes Interesse an den programmatischen Änderungen des Jahres 1954. Auch in der Partei führte die Kommission die, unter dem Vorsitz von Willi Eichler, den Auftrag hatte ein neues Grundsatzprogramm vorzubereiten ein Schattendasein. Dies alles änderte sich mit der Niederlage bei den Bundestagswahlen von 1957. Es gelang den Unionsparteien die absolute Mehrheit im Bundestag zu erringen. Nach diesem Desaster verkündete Erich Ollenhauer, der nach dem Tod Schumachers Vorsitzender der SPD geworden war, die Absicht, ein neues Grundsatzprogramm zu beschließen. „Das Wahlergebnis löste in der SPD eine heftige Debatte aus, die alle Bereiche des parteilichen Lebens betraf. Es ging um das traditionelle Gedankengut und Brauchtum der Partei, nicht zuletzt die traditionellen marxistischen Restbestände in der Ideologie und Programmatik, aber auch die Anrede „Genosse“ oder das Duzen innerhalb der Mitgliedschaft oder etwa die rote Fahne“

(Miller, 1994, S. 28). Was auf der einen Seite als erhaltenswerte Tradition gesehen wurde, gab auf der anderen Anlass zu Kritik, weil ein nicht mehr zeitgemäßes Bild der Partei propagiert würde, was sich auch in den schlechten Wahlergebnissen zeigte. Bei dieser Debatte ging es tatsächlich weniger um die aktuelle Politik der SPD als vielmehr um das Bild, das sie nach außen hin bot. Man erkannte einen Handlungsbedarf bezüglich des Parteiimages um endlich aus dem 30% Turm zu entkommen.

4. Die Entscheidung für das Godesberger Programm

Mitte November 1959 versammelte man sich zum Godesberger Parteitag. Mehrere hundert Anträge und Empfehlungen waren eingegangen. Auf dem Stuttgarter Parteitag von 1958 war bereits ein Entwurf eines Grundsatzprogramms vorgelegt worden, welches auf allen Ebenen der Partei lebhaft und auch kontrovers diskutiert worden war. Eine überarbeitete Fassung dieses Programms wurde in Bad Godesberg mit 324 gegen 16 Stimmen angenommen. Die über vier Jahre dauernde Vorbereitung des Programms war damit zum Abschluss gekommen. Betrachtet man nun die Aussagen des Godesberger Programms, so zeigen sich bedeutende Änderungen in der Ideologie der SPD:

- Man ist zu einer neuen Definition des Sozialismus gekommen, dieser wird nicht mehr als bestimmte Wirtschafts- oder Gesellschaftsform definiert, sondern „als eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren,
- Die SPD sieht sich nicht mehr als Arbeiterpartei, sondern als linke Volkspartei.
- Die marxistische Tradition der SPD ist gebrochen, sie wird überhaupt nicht mehr erwähnt. Eine bemerkenswerte Entwicklung in einer traditionell verhafteten Partei wie der SPD! Allerdings ist dieser Entschluss zu einem großen Teil durch den Kalten Krieg beeinflusst worden.
- Was die Vergesellschaftung der Produktionsmittel angeht, so auf die Fälle beschränkt, wo alle anderen Mittel zur „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ versagen.

(Miller, 1994, S. 31)

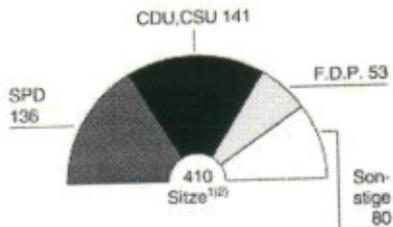
5. Abschließende Betrachtung

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms gelang der SPD der Wandel von der marxistischen Arbeiterpartei zur linken Volkspartei. Dies zeigte sich am Erfolg der SPD bei den Bundestagswahlen der folgenden Jahre (1961: 36,5% / 1965: 40,1% / 1969: 44,0%). Obwohl die SPD für 16 Jahre in der Rolle der Opposition auf der

politischen Bühne agierte, war immer der Wille zur Macht gegeben. Von Anbeginn der Partei an wollte man sozial nicht hinnehmbare Situationen verändern, was nur mit einer demokratischen erlangten Mehrheit möglich war. Das marxistische Gedankengut mit seinem revolutionären Anspruch erwies sich dabei immer mehr als Hemmschuh wenn es darum ging, die Masse der Wähler hinter sich zu bringen. Die scheinbar wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten des Marxismus erfüllten in der Gründungszeit der Partei noch eine stark integrierenden Funktion, auch wenn in der Realität wenig vom revolutionären Geist zu bemerken war. Spätestens mit der Entstehung der BRD, dem relativ schnellen und erfolgreichen Wiederaufbau und der damit einhergehenden Steigerung des Lebensstandards entwickelte sich die These vom Klassenkampf und seinen Konsequenzen zum theoretischen Problem. Durch die Bedrohung von Seiten der Sowjetunion deren Kommunismus von vielen Wählern mit der Programmatik der SPD assoziiert wurde, entstand der Partei nachhaltiger Schaden. Man erkannte jedoch die Notwendigkeit, dass die SPD für Wähler aus allen Schichten der Bevölkerung wählbar werden musste. Dies gelang mit dem Godesberger Programm, das ein erfolgreiches Beispiel für einen programmatischen Wandel einer Partei darstellt, die sich alter, überkommener Strukturen entledigte.

Bundestagswahlen von 1949-1961: Sitzverteilung der Parteien

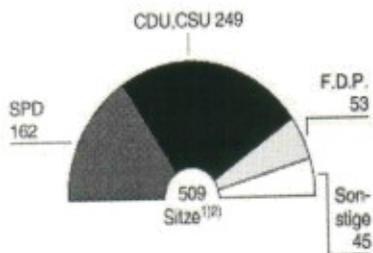
Ergebnisse der Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. August 1949
Wahlbeteiligung: 78,5 %



1) Ohne Saarland. - 2) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

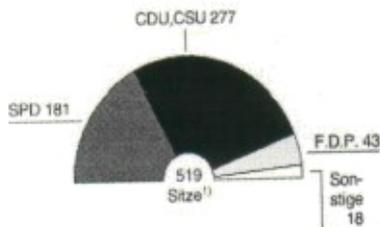
- Gute Idee
- Inkonsistenzen wären Prozente (den gültigen Stimmen als die Sitze)
- fabelhafte Darstellung spürbar Platz

Ergebnisse der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953
Wahlbeteiligung: 86 %



1) Ohne Saarland. - 2) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

Ergebnisse der Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. September 1957
Wahlbeteiligung: 87,8 %



1) Einschl. der Abgeordneten von Berlin-West.

Ergebnisse der Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961
Wahlbeteiligung: 87,7 %

Literaturverzeichnis

- Bahr, Egon: SPD. Porträt einer Partei. München 1980.
- Dowe, Dieter: Sozialdemokratische Parteiprogramme von den Anfängen bis zur Weimarer Republik. In: Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Band 1 der Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern. Bonn 1994, S.6-18.
- Flechtheim, Ossip K.: Parteiprogramme. In: Lenk, Kurt / Neumann, Franz: Theorie und Soziologie der politischen Parteien. Berlin 1968, S. 415-435. (Hrsg.)
- Heimann, Siegfried: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 2 FDP-WAV. Opladen 1984, S. 2025-2216.
- Lemke, Sabine: Die Rolle der Marxismus-Diskussion im Entstehungsprozess des Godesberger Programms. In: Papcke, Sven / Schuon, Karl T. (Hrsg.): 25 Jahre nach Godesberg. Braucht die SPD ein neues Grundsatzzprogramm? Berlin 1984, S. 37-52.
- Miller, Susanne: Der Weg zum Godesberger Grundsatzzprogramm. In: Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Band 1 der Broschürenreihe Geschichtsarbeit in den neuen Ländern. Bonn 1994, S. 19-32.
- Papcke, Sven / Schuon, Karl T.: Plädoyer für eine ‚neue integrative Idee‘ des demokratischen Sozialismus. In: Papcke, Sven / Schuon, Karl T. (Hrsg.): 25 Jahre nach Godesberg. Braucht die SPD ein neues Grundsatzzprogramm? Berlin 1984, S. 5-8.
- Programme der deutschen Sozialdemokratie. Entnommen aus: Dowe, Dieter / Klotzbach, Kurt (Hrsg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, 3. Aufl. 1990, S. 65-169.